

Übersichten

Januar 1998

Außenpolitik

1 Beziehungen „neuen Typs“ zwischen den Großmächten

Lange Zeit hat die VR China eine Art „diplomatischer Massenlinie“ verfolgt, also so getan, als bestehe zwischen Kleinstaaten und Großmächten kein wesentlicher Unterschied. Diese Prämisse paßte gut in den Kontext der maoistischen Revolutions- und Klassenkampfpolitik, die an den Grenzen des eigenen Landes keinen Halt machen, sondern weltweit zur Entfaltung kommen sollte - nach den Grundsätzen „viele kleine revolutionäre besiegen wenige große reaktionäre Kräfte“ sowie: „die Städte der Welt sind von den Dörfern her einzukreisen und zu vernichten“.

Egalitaristische Vorstellungen dieser Art sind längst aus der chinesischen Außenpolitik verschwunden und haben einem Denken Platz gemacht, das den altüberkommenen hierarchischen Traditionen des Landes weitaus besser entspricht, wobei China allerdings noch lange nicht dort wieder angeht, von wo es einst ganz selbstverständlich ausging, nämlich von seiner eigenen Position als „Reich der Mitte“.

Einstweilen bewegt sich das Land noch auf einer Art mittleren Linie zwischen Egalitarismus im maoistischen und Zentrismus im traditionellen Sinne. Es laboriert mit Theo-

rieansätzen wie z.B. den „Vier Dreiecken“, an denen vier Mächte und eine Supermacht, nämlich China, Japan, die EU und Rußland sowie die USA beteiligt sind (ausführlich dazu C.a., 1995/9, Ü4) oder spricht von „Großmächten“, zwischen denen sich ein „neuer Typ von Beziehungen“ anzubahnen beginnt (dazu z.B. BRu, 1998/3, S.6-10). Im asiatisch-pazifischen Bereich seien es vor allem vier solcher Großmächte, nämlich China, die USA, Rußland und Japan, die immer mehr zu einem Beziehungsgeflecht zusammenwachsen, das durch mehrere Merkmale gekennzeichnet sei:

Erstens stünden bei ihnen nicht mehr militärische, sondern nichtmilitärische gemeinsame Interessen im Vordergrund. Vor allem wirtschaftliche Kalküle nähmen einen immer weiteren Raum ein. 1997 seien zwischen China und den USA Waren und Dienstleistungen im Werte von 43 Mrd. US\$, zwischen China und Japan sogar in Höhe von 60 Mrd. umgesetzt worden.

Zweitens würden bestehende Meinungsverschiedenheiten nicht mehr durch Konfrontation, sondern zunehmend durch Dialog gelöst. Die informellen APEC-Gipfeltreffen und die informellen Treffen im Anschluß an die jährlichen ASEAN-Außenministerkonferenzen seien Beispiele für diese neue Form eines kontinuierlichen oder zumindest sehr häufigen Meinungsaustausches.

Immer mehr versuche man bei diesen Gesprächen auch, das Gemeinsame zu suchen und die Unterschiede in der Schwebe zu lassen, damit die Gesamtheit der Beziehungen nicht unter Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen zu leiden habe. Diese Praxis habe sich vor allem bei den zahlreichen direkten Zusammentreffen zwischen den Führern der Großmächte als nützlich erwiesen - nicht zuletzt bei den immer häufiger werdenden Gesprächen zwischen Jiang Zemin und Clinton, aber auch zwischen Li Peng und Hashimoto sowie zwischen Jiang und Jelzin.

Drittens richteten sich die neuen Beziehungen zwischen den Großmächten - anders als noch in den Zeiten des kalten Kriegs - nicht mehr gegen ein drittes Land. In diesem Zusammenhang versucht die VR China immer

wieder zu betonen, daß es ihr einziges Ziel sei, der „Förderung von Frieden und Entwicklung in der Welt“ zu dienen, da „Friede und Entwicklung“ nun einmal die „Hauptströmung der Weltpolitik nach dem kalten Krieg“ sei. Nicht mehr Waffengänge oder militärische Bedrohung, sondern wirtschaftliche Kooperation und wirtschaftlicher Wettbewerb bestimmten das „außenpolitische“ Geschehen.

Angesichts dieses Trends komme es auch immer stärker zur „weltweiten Multipolarisierung“. Zwar seien die USA nach dem Ende des kalten Kriegs als alleinige Supermacht übriggeblieben. Eine sich multipolarisierende Welt sei jedoch nicht gewillt, sich einer einzigen Stimme zu unterwerfen.

Wenn die Großmächte im Sinne der obigen drei Prinzipien zusammenarbeiteten, könnten sie auch viele kleine Konflikte mit regeln helfen und u.a. auch die Korea- sowie die Irak-Frage einer friedlichen Lösung entgegenführen.

Die Konzeption von einem Beziehungsgeflecht neuen Typs zwischen den Großmächten verrät viel von chinesischem Wunschdenken, spiegelt allerdings keineswegs die Wirklichkeit der chinesischen Außenpolitik wider. Vor allem die Behauptung, daß Beziehungen zwischen zwei Ländern sich niemals gegen ein drittes Land richten dürften, ist durch einige Schachzüge Beijings im Jahre 1997 widerlegt worden: damals kam es bekanntlich zur Begründung „strategischer Partnerschaften“ sowohl mit Rußland als auch mit Frankreich, wobei diese Partnerschaften zwar nicht *expressis verbis*, wohl aber ihrem ganzen Kontext nach nicht nur *für* einen gemeinsamen Zweck begründet, sondern offensichtlich auch *gegen* einen Dritten instrumentiert werden, nämlich gegen die hegemonialen Absichten der USA (näheres dazu C.a., 1997/5, S.427-433).

Erinnert sei in diesem Zusammenhang nochmals an die Hauptstichworte des XV. Parteitags (1997) zur Außenpolitik, die im Geiste Deng Xiaopings fortgesetzt werden solle. Sie lauten (1) selbständig und unabhängig, (2) friedlich und entwicklungsbezogen, (3) „umfassend“, mit dem Ziel, auch die Wirtschaft miteinzubeziehen

und eine „gesunde internationale Umgebung“ sicherzustellen, in der China sein „sozialistisches Modernisierungsprogramm“ durchziehen könne, und (4) Schaffung von „gegenseitigem Vertrauen“, das auch mit informellen Beziehungen Hand in Hand gehen könne - man denke an die „informellen“ APEC- und ASEAN-Treffen.

Über die Rolle der VR China in der künftigen globalen Konstellation äußerte sich Außenminister Qian Qichen folgendermaßen: China wolle vor allem eine Ordnungsmacht bleiben und am Weltfrieden sowie an der regionalen Stabilität nach Kräften mitarbeiten.

Immer wieder gebe es zwar Hinweise darauf, daß China eine „Bedrohung“ für seine Umwelt sei. Man erinnere sich jedoch, daß es in China „keine Tradition der Expansion“ gebe. Das Land habe, ganz im Gegenteil, im Laufe seiner Geschichte zahlreiche Schmähungen, Aggressionen und Unterdrückung seitens fremder Mächte hinnehmen müssen - und es werde diese Erfahrungen nie vergessen. Auch in Zukunft halte man sich an die alte Maxime: „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem andern zu“. China werde nie nach Hegemonie streben, selbst wenn es in Zukunft wirtschaftlich stark geworden sei (BRu, 1998/5-6, S.11). -we-

2 Die Außenpolitik der VBA und die Erneuerung der chinesisch-amerikanischen Militärbeziehungen

Vom 17. bis 19. Januar besuchte der amerikanische Verteidigungsminister William Cohen an der Spitze einer 57köpfigen Delegation die VR China, und zwar als Gast seines Amtskollegen, des chinesischen Verteidigungsministers Chi Haotian, der zugleich auch Stellvertretender Vorsitzender des mächtigen ZK-Militärausschusses ist (XNA, 20.1.98).

Cohen durfte als erster Ausländer das bisher streng geheimgehaltene Luftverteidigungszentrum Beijings besichtigen; offensichtlich war dieser Vertrauensbeweis Ausdruck des chinesischen Wunsches nach mehr Zusam-

menarbeit mit den amerikanischen Streitkräften.

In seiner Rede betonte Cohen, daß er bereits zum achten Male die VR China besuche und daß die USA stark an einer engeren Zusammenarbeit und an einem verstärkten Austausch zwischen den Streitkräften beider Länder interessiert seien.

Cohen sprach auch Fragen der amerikanisch-japanischen Sicherheitskooperation an, die sich, wie er ausdrücklich versicherte, nicht gegen China richte. Das Engagement und die Truppenpräsenz der USA in Asien dienen der Stabilität der Region, von der letztlich auch China profitiere.

Während des Cohen-Besuchs kam es zur Unterzeichnung eines für die bilaterale Entwicklung offensichtlich wichtigen Abkommens, nämlich einer „Vereinbarung über die Errichtung eines Konsultationsmechanismus“ für die Erhöhung der maritimen militärischen Sicherheit“, wie die langatmige Bezeichnung lautet (XNA, 20.1.98). Genaugenommen geht es um die Vermeidung militärischer Zwischenfälle auf See zwischen den Marinestreitkräften beider Seiten. Die Vereinbarung sieht u.a. regelmäßige Treffen und Konsultationen hoher Offiziere beider Länder vor.

Chi bekräftigte bei seinen Gesprächen mit Cohen die Absicht Chinas, keine Antischiffsraketen mehr an den Iran zu liefern.

Beide Seiten betonten, daß die getroffenen Vereinbarungen zur Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region beitragen.

Das Seeabkommen ging zurück auf Besprechungen zwischen Clinton und Jiang Zemin im Oktober 1997. Jiang hatte seinem Gesprächspartner schon damals zugesichert, künftig keine Schiffsraketen mehr an den Iran zu liefern. Cohen betonte in Beijing, daß durch chinesische Raketen auch chinesische Öltransporte durch den Persischen Golf beeinträchtigt werden könnten.

Kein Zufall dürfte es übrigens auch gewesen sein, daß Präsident Clinton am Tag der Abreise seines Verteidigungsministers nach Beijing ein bereits im Jahre 1985 (!) geschlossenes

Abkommen unterzeichnete, das amerikanischen Firmen die Lieferung von Technologie für Kernkraftprojekte an die VR China gestattet.

Bis dahin hatte der Präsident seine Unterschrift verweigert, weil Beijing verdächtigt wurde, vor allem Iran und Pakistan bei ihren mutmaßlichen Atomwaffenprogrammen zu unterstützen.

Wenige Tage vor dem Cohen-Besuch in Beijing war bekanntgeworden, daß die USA an Taiwan 100 Hubschrauber im Werte von 1,47 Mrd. US\$ samt Ersatzteilen liefern würden, daß aber Beijing die USA vor einem solchen Schritt gewarnt habe (SCMP, 9.1.98).

Die chinesisch-amerikanischen Militärbeziehungen waren 1997 wieder aufgenommen worden, nachdem das Tiananmen-Massaker von 1989 zu einem jähen Abbruch geführt hatte.

Der Wiederaufnahme war ein Besuch von Verteidigungsminister Chi Haotian Ende 1996 vorausgegangen, bei dem die Vorbedingungen ausgehandelt worden waren.

1997 kamen beide Seiten darin überein, daß künftig auf Vizeministerebene regelmäßig Verteidigungsfragen diskutiert werden sollten. Außerdem wurde der Aufbau eines Sicherheitsberatungssystems im Bereich der Marine beschlossen. Auch die Frage des Ankerns amerikanischer Kriegsschiffe vor Hongkong ist inzwischen gelöst worden. Überdies hatte ein chinesischer Marineverband 1997 die andere Seite des Pazifiks besucht und hatte dort mehrere süd- und nordamerikanische Länder angelaufen, darunter Mexiko, Peru, Chile und die USA. Am 21. März 1997 legte die Flotte im amerikanischen San Diego an. Die Flottenmission sollte nach chinesischer Erklärung der Vertrauensbildung dienen.

In einem Aufsatz vom Januar 1998 (BRu, 1998/4, S.7-9) legte Verteidigungsminister Chi Haotian die Außenpolitik der VBA dar. Allein im Jahr 1997 habe die VBA über 150 Delegationen aus 67 Ländern aller fünf Kontinente zu einem Besuch nach China eingeladen, darunter 23 Stellvertretende Ministerpräsidenten und Verteidigungsminister. Gleichzeitig seien

über 100 VBA-Delegationen in nahezu 70 Länder gereist.

Die VBA habe sich auch an den strategisch so wichtigen Grenzverhandlungen Chinas mit Rußland, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan beteiligt und sei an der Ausarbeitung zweier epochemachender Dokumente beteiligt gewesen: im April 1996 hatten die fünf Länder das Abkommen über Vertrauensbildung in den militärischen Bereichen entlang der Grenzgebiete unterzeichnet. Im April 1997 war es dann noch zum Abkommen über den gegenseitigen Abbau militärischer Kräfte entlang der Grenzgebiete gekommen. Damit sei die 7.000 km lange gemeinsame Grenze in ein breites sicheres und zuverlässiges Band verwandelt worden, auf dem sich nicht mehr Truppen Gewehr bei Fuß gegenüberstünden, sondern das nun, gerade umgekehrt, der Stärkung nachbarschaftlicher Verbundenheit diene. -we-

3 Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit mit Rußland

Noch ehe der amerikanische Verteidigungsminister Cohen seinen China-besuch angetreten hatte, war der Sekretär des Verteidigungsrats und Inspekteur der Russischen Streitkräfte, Andrej Kokoshin, nach Beijing gekommen und dort von Verteidigungsminister Chi Haotian empfangen worden.

Im Mittelpunkt von Kokoshins sechstägigem Besuch stand der Ausbau der militärischen Zusammenarbeit. Li plädierte für einen Austausch des Militärs und der Sicherheitsorgane beider Seiten (XNA, 23.1.98).

Die chinesisch-russische Kooperation und die 1997 vereinbarte „Strategische Partnerschaft“ habe sich, wie beide Seiten versicherten, gut weiterentwickelt. Es gebe ein gewaltiges Potential für die künftige Kooperation. -we-

4 Keine Proteste gegen die Lieferungen französischer Fregatten an Taiwan

Mitte Januar 1998 hat Frankreich die letzte von sechs raketenbestückten

Fregatten an die Republik China ausgeliefert.

Der Vertrag für diese Lieferungen war bereits Anfang der 90er Jahre geschlossen worden. 1994 hatte Frankreich der VR China zugesagt, nach Erfüllung dieses Vertrags keine weiteren Waffen mehr an Taiwan zu liefern.

Noch vor diesem Versprechen hatte Taiwan nicht nur die sechs Fregatten, sondern auch 60 Mirage 2000-5-Kampfflugzeuge mit Luft-Luft-Raketen geordert.

Paris hatte das Versprechen von 1994 abgegeben, nachdem Beijing das französische Konsulat in Guangzhou geschlossen und Verträge mit französischen Firmen eingefroren hatte.

Das Fregattengeschäft hatte sich auf 2,3 Mrd. US\$ belaufen (SCMP, 27.1.98). -we-

5 Erste chinesisch-europäische Gipfelkonferenz

Im April 1998 soll in London die erste europäisch-chinesische Gipfelkonferenz stattfinden. Dies gab der britische Außenminister Cook bei seinem Chinabesuch am 20. Januar 1998 bekannt (Dazu SCMP, 21.1.98).

Europa hält solche Gipfelkonferenzen bereits mit den USA, mit Japan und mit Rußland ab - und ist in entsprechende Beziehungen nun auch mit China eingetreten (zum EU-China-Treffen: *Zhongguo Tongxunshu* in SWB, 21.1.98).

Die diplomatischen Beziehungen zwischen China und der damaligen EG wurden 1975 aufgenommen. 1979 stattete zum ersten Mal ein Präsident der Europäischen Kommission der VRCh einen Besuch ab. 1985 wurde das Abkommen über Handel und Zusammenarbeit zwischen der EG und China unterzeichnet. Die EG unterstützte die VR China auch beim Beitritt zum GATT und bemüht sich übrigens auch gegenwärtig um eine möglichst schnelle Mitgliedschaft Chinas in der WTO.

Am 13.7.94 verabschiedete die mittlerweile „EU“ genannte Gemeinschaft ihr Asienkonzept, in dem der VR China eine überragende Rolle eingeräumt

wurde (näheres dazu C.a., 1994/7, Ü 1).

Auch wirtschaftspolitisch wird die Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten immer intensiver. China ist schon heute einer der wichtigsten Märkte für die EU und steht bei den Exporten der Gemeinschaft an siebter Stelle. Rechnet man die SVR Hongkong, Macao und Taiwan mit zum Bereich „China“, so ist dieses Greater China bereits der drittgrößte Exportmarkt der EU weltweit.

Aus der Sicht Chinas ist die EU der wichtigste Anbieter für moderne Technologien. Bis Mitte 1996 sind beispielsweise 3.297 Technologietransferverträge mit einem Gesamtwert von 26,5 Mrd. US\$ zwischen China und der EU unterzeichnet worden - 49% der Technologie-Gesamtimporte Chinas.

1988 richtete die Europäische Kommission eine Ständige Vertretung in China ein, deren Aufgabe es sein sollte, Berichte über die Entwicklungen in China an Brüssel zu erarbeiten und umgekehrt die chinesische Öffentlichkeit mit Informationen über die EU zu versorgen.

An Entwicklungshilfe sind die Beiträge der EU für China vorerst noch bescheiden; 1997 beliefen sie sich auf 59 Mio. ECU (=rd. 67 Mio. US\$), wobei sich die Anstrengungen vor allem auf fünf Bereiche konzentrieren, nämlich Ausbildung von Arbeitskräften, Unterstützung der Wirtschafts- und Sozialreformen, Management, Umweltschutz und ländliche Entwicklung. Vor allem im Umweltschutzbereich möchte sich die EU künftig noch stärker in China engagieren. -we-

6 Der 9+3-Gipfel von Kuala Lumpur

Zu ihrem 30. Geburtstag veranstaltete die ASEAN am 15. und 16.12.97 in Kuala Lumpur ein Treffen, an dem ihre neun Mitglieder und drei hinzugeladene asiatische Gäste, nämlich die VR China, Japan und Südkorea, teilnahmen, und zwar typischerweise wieder einmal an einem als „informell“ bezeichneten Gipfeltreffen. Westliche Beteiligung gab es nicht!

Die VR China beschloß, keinen Geringeren als Staatspräsident Jiang Zemin dorthin zu entsenden. Immerhin handelte es sich hier um das erste Gipfeltreffen Chinas mit der ASEAN-Allianz, zu der seit Juli 1996 zwar eine offizielle „Dialogpartnerschaft“ gibt, die bisher allerdings nur auf Außenministerebene praktiziert worden ist.

Von vornherein war Jiang offensichtlich eisern entschlossen, beim 9+3-Gipfel nicht die geringsten Dissonanzen aufkommen zu lassen. Auch die Frage der Inseln im Südchinesischen Meer, die bis heute das Hauptproblem zwischen China und den ASEAN-Ländern abgibt, sollte höchst friedlich angegangen werden, und zwar nach dem Prinzip, daß Belange von gemeinsamem Interesse sofort angepackt, Probleme aber auf die lange Bank geschoben werden sollen (in diesem Sinne XNA, 11.12.97) - und so kam es dann auch: Der Gipfel von Kuala Lumpur wurde - zumindest nach außen hin - ein Treffen der Eintracht und der Harmonie, und endete mit einer Gemeinsamen Erklärung, in der sich die zwölf Staaten gutnachbarliche Partnerschaft und vertrauensvolle Zusammenarbeit bis hinein ins 21. Jh. zusagten.

Trotzdem konnte offensichtlich niemand so recht froh über das Treffen werden; hatte doch gerade im Dezember die „asiatische“ Finanzkrise einen neuen Höhepunkt erreicht: Indonesien mußte zugeben, eine Außenhandelsverschuldung von 55 Mrd., Südkorea sogar eine solche von 120 Mrd. „erwirtschaftet“ zu haben - und was gar Japan anbelangte, so wurde erstmals in aller Öffentlichkeit eingeräumt, daß die Wirtschaft insgesamt rund 1 Billion US\$ an faulen Krediten vor sich herschiebe.

Lediglich China schien von diesem Chaos unberührt zu sein - und weckte bei den anderen paradoxerweise gerade dadurch verstärkte Ängste.

Da die chinesische Seite auch immer wieder darauf hinweist, daß das Hauptkriterium politischer Stärke in Zukunft vermehrt die Wirtschaft sei, wächst auch die Bedrohungsperzeption der Nachbarn, die als solche zwar nicht ausgesprochen wird, die aber offensichtlich in jedem Augenblick präsent ist.

Zwei Überlegungen müssen den neun ASEAN-Repräsentanten bei dem Treffen immer wieder durch den Kopf gegangen sein, nämlich erstens der Wunsch, den „großen Drachen“ irgendwie einzubinden und zweitens das Bewußtsein, daß es wohl noch auf lange Zeit ohne das Gegengewicht der USA nicht geht. Zwar blieben die USA beim Treffen in Kuala Lumpur ausgeladen - und die Asiaten waren erstmals „so richtig unter sich“, doch saßen die USA immer irgendwie mit am Tisch. Trotz all ihrer Besserwisserie, ihres notorischen Pochens auf Menschenrechte und ihres nicht gerade rücksichtsvollen Verhaltens bei der „Asienkrise“ bleiben sie nach wie vor unentbehrlich, sei es nun wirtschaftlich als Investoren und Kreditgeber oder aber politisch als Militärmacht, die immer dann die Zähne zeigt, wenn die Volksrepublik China wieder einmal ihre militärischen Muskeln spielen läßt, z.B. bei der Probeprobombardierung Taiwans im Frühjahr 1996.

Nach außen hin war beim „informellen Gipfeltreffen“ von solchen Überlegungen allerdings nichts zu spüren. Die ASEAN-Länder hielten sich zurück und Jiang Zemin war wieder einmal bestens gelaunt und auf Harmonie gestimmt - wie bei all seinen bisherigen Staatsbesuchen und Gipfeltreffen.

Er versicherte den anwesenden Vertretern der ASEAN, daß sein Land der südostasiatischen Allianz „für immer“ ein guter Nachbar sein wolle. Die Volksrepublik bemühe sich auch in Zukunft um Frieden und Stabilität in der Region.

Japans Regierungschef Hashimoto schlug neben wirtschaftlicher Hilfe die intensivere Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung vor. In einer Gemeinsamen Erklärung mit dem Titel „ASEAN - Eine Vision für das Jahr 2020“ vereinbarten die Mitgliedsstaaten eine engere Zusammenarbeit und den Abbau der Zollgrenzen. Beherrschendes Thema des dreitägigen Treffens aber war die Finanzkrise in Südostasien.

Jiang wollte von Spannungen mit den ASEAN-Mitgliedern Brunei, Malaysia, Vietnam und den Philippinen im Zusammenhang mit den Spratley-Inseln offensichtlich nichts wissen. Er sprach sich für verstärkte Zusammen-

arbeit mit den ASEAN-Ländern auf allen Gebieten, angefangen von der Politik über die Wirtschaft bis hin zu Wissenschaft und Technik aus. Im Interesse einer Restabilisierung der ASEAN-Region wolle China seine eigenen Landeswährung nicht abwerten.

Eine Abwertung des RMB sei auch deshalb unnötig, weil China 1997 einen Handelsüberschuß von 40 Mrd. US\$ habe erzielen können.

Außerdem habe China bereits 1994 seine Währung abgewertet; keineswegs sei diese Abwertung jedoch für die derzeitige Finanzkrise in Südostasien ursächlich gewesen. Der chinesische Exportboom der vergangenen Jahre hänge überdies nicht, wie manchmal behauptet wird, mit der damaligen Abwertung zusammen, sondern mit technologisch und sonstigen qualitativen Verbesserungen der Produktion.

Die Finanzkrise in Südostasien berühre China zwar nicht direkt, doch solle die VRCh daraus Lehren ziehen.

Japans Ministerpräsident Hashimoto sicherte Investitionen von 18 Mrd. Dollar in der Region zu. -we-

7 Chinas Haltung in der Irakfrage

Erklärungen der VR China zur Irakfrage liegen mittlerweile bündelweise vor, sei es nun, daß sie vom chinesischen Botschafter bei der UNO, vom chinesischen Außenminister oder vom Regierungssprecher kommen. Fast alle haben sie gleichen Wortlaut und laufen auf ein Sowohl-Als auch hinaus: Der Irak müsse einerseits mit der UN-Sonderkommission (UNSCOM) zusammenarbeiten und seinen Pflichten aus dem Golfabkommen von 1991 nachkommen, d.h. also Inspektionen im Hinblick auf Massenvernichtungswaffen zulassen.

Andererseits müsse die UNSCOM die „Würde der Souveränität des Irak“ berücksichtigen; darüber hinaus solle das Inspektionsteam so genau wie möglich die Vielseitigkeit der UNO widerspiegeln, d.h. es müsse mit Teammitgliedern aus möglichst vielen Ländern besetzt sein; eine Überrepräsentanz der Amerikaner

dürfe nicht stattfinden (XNA, 1.2.98, 24.1., 25.1. und 28.1.98).

Was aber soll geschehen, wenn der Irak - wie es mittlerweile ja viele Male unter Beweis gestellt wurde - die Inspektion nicht zuläßt?

Chinas Antwort: Dann müsse eben weiter verhandelt und der Dialog intensiviert werden. Gewalt jedenfalls werde von chinesischer Seite abgelehnt. Gewalt sei kein Mittel der Politik, sondern laufe am Ende immer auf eine Einmischung in innere Angelegenheiten hinaus. -we-

8 Zwei Kontrastbilder von Tibet

Am 22.12.97 veröffentlichte die Internationale Juristenkommission (ICJ) in Genf eine Stellungnahme zur Lage in Tibet.

Der Bericht des IJC besteht aus 365 Seiten und trägt den Titel „Tibet: Human Rights and the Rule of Law“. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß seit 1996 eine Verschärfung der chinesischen Kampagnen gegen Tibet stattfinde (IHT, 23.12.97).

Die 1952 gegründete Juristengruppe, deren Ziel die Durchsetzung des Völkerrechts und der UNO-Menschenrechtserklärung ist und die aus 45 Juristen verschiedener Staaten besteht, wirft der VR China vor, weiterhin ein Unrechtsregime in Tibet aufrechtzuerhalten: kritische Tibeter würden in Haft genommen und weiterhin gefoltert. Die dokumentierten Methoden der Folter umfaßten „Schläge mit Ketten, Stöcken mit herausragenden Nägeln und Eisenstangen, Elektroschläge etwa auf Genitalien und den Mund, Aufhängen an den auf dem Rücken zusammengebundenen Armen und Aussetzen in kaltem Wasser und bei kalten Temperaturen“. Frauen, insbesondere Nonnen, würden „härtesten und geschlechtsspezifischen Foltern“ unterzogen, einschließlich „Vergewaltigung, Elektroschlägen und schmerzlichen Behandlungen an den Brüsten“. Die Tibeter seien ein Volk, das unter fremder Unterjochung stehe, dessen kulturelles Erbe systematisch zerstört und dessen völkische Substanz durch gezielten Zuzug von seiten der Chine-

sen ausgezehrt werden solle. Die Ausübung der Religion werde nach wie vor streng überwacht und das religiöse Oberhaupt, der Dalai Lama, öffentlich gebrandmarkt.

Unter diesen Umständen ruft der ICJ zu einem Referendum unter UNO-Kontrolle auf. Außerdem solle Beijing Gespräche mit dem Dalai Lama führen (FAZ, 23.12.97).

Auf die „Hetze gegen den Dalai Lama“ wird da und dort auch in deutschen Verlautbarungen hingewiesen, so z.B. in einem Beitrag von Klaus Nattorp, der sich in der FAZ (7.1.98) über „die chinesische Kampagne gegen den Dalai Lama und ihre deutschen Helfer“ empört. Den Tibetern blase der Wind z.Z. gleich aus zwei Richtungen ins Gesicht: zum einen nämlich habe die chinesische Führung in den vergangenen Monaten ihren seit Jahren geführten Propagandafeldzug gegen den im indischen Exil von Dharamsala lebenden Dalai Lama und seine angebliche „Clique“ verschärft; zum anderen werde der Dalai Lama neuerdings auch im Westen gelegentlich kritisiert. In diesem Zusammenhang zitiert Nattorp den „Tagesthemen“-Moderator Ulrich Wickert, der am 12. Oktober von „unkritischer Gefühlsduselei für den Dalai Lama und die tibetischen Mönche“ gesprochen habe. Zwar sei die chinesische Politik gegenüber Tibet nicht gerade vorbildhaft, doch dürfe man andererseits „nicht vergessen, daß die tibetische Kultur aus einer Religion hervorgeht, die noch sehr viel brutaler war und die Menschen in Tibet wie in der schlimmsten Diktatur unterdrückte“.

In dieselbe Kerbe wie Nattorp schlug der FDP-Abgeordnete Otto Graf Lambsdorff, der Wickert ebenfalls scharf kritisiert, dann aber doch darauf hinweist, daß durch den unsachlichen Kommentar des Moderators „die Öffentlichkeit erneut auf das menschenwidrige Vorgehen der chinesischen Regierung gegen die Tibeter gelenkt wurde. Mit gleicher Kritik kam auch der Unterausschuß für Menschenrechte des Deutschen Bundestags von einer Tibetreise zurück. Die Friedrich-Naumann-Stiftung, die seit Jahren mit dem Dalai Lama und den Exiltibetern zusammenarbeitet, wird diese Kooperation fortsetzen. Sie wird

im Juni 1998 eine Veranstaltung zu Tibet in Berlin durchführen, zu der der Dalai Lama sein Erscheinen und sein Mitwirken zugesagt hat“ (Leserbrief in FAZ, 14.1.98).

Dies ist die eine Seite.

Andererseits weist ein chinesischer Bericht darauf hin, daß Tibets Wirtschaftswachstum im Jahre 1997 weit über dem landesweiten Durchschnitt gelegen habe: 1997 lag es bei 13,4%, im Vergleich zum nationalen Durchschnitt von 8,8%. Dies sei das fünfte Jahr in Folge, in dem Tibet ein zweistelliges Wirtschaftswachstum verzeichne.

Tibets BIP wird für 1997 mit 7.35 Mrd. Yuan (= 885 Mio.US\$) geschätzt. Das Wachstum sei dem intensiven Zustrom chinesischer Investitionen in Grundindustrien sowie in die Infrastruktur zu verdanken, nicht zuletzt aber auch den gesteigerten Bemühungen um Reform und Öffnung sowie der Hilfe durch inländische Provinzen.

Das Pro-Kopf-Einkommen der tibetischen Hirten und Bauern sei 1997 auf 1.040 Yuan (= 125 US\$) angestiegen, im Vergleich zu 975 Yuan ein Jahr zuvor. 120.000 Einwohner hätten 1997 die Armutsgrenze überschritten, so daß jetzt nur noch 330.000 „Arme“ in Tibet zu verzeichnen seien. In Pro-Kopf-Einkommen ausgedrückt liegt die Armutsgrenze bei 550 Yuan (= 66,3 US\$) (BRu, 1998/4, S.6). -we-

9 „Nazigold“ in China?

Eine abenteuerliche Geschichte ging Mitte Januar durch den Blätterwald von Hongkong und Macao. Unter anderem erschien in der *South China Morning Post* (16.1.98) ein Beitrag mit dem Titel „Trail of Nazi Gold Points to China“, der sich auf Aussagen des früheren portugiesischen Kolonialbeamten Fernando Brito stützt, der in den 60er Jahren Dienst in Macao tat und in dieser Eigenschaft nicht nur Repräsentant der portugiesischen Marine, sondern auch Mitglied der dortigen „Goldimportkommission“ war.

Nach Schilderung Britos soll die Kolonie, die 1966 im Würgegriff von Rotgardisten und anderer Maoisten lag und kurz vor dem Rückfall an die VR China zu stehen schien, sich dadurch freigekauft haben, daß sie an China 500 kg Gold lieferte, das in mehreren Raten angeliefert wurde und das, wie Brito versichert, mit Hakenkreuz-Stempeln der einstigen deutschen Reichsbank versehen gewesen sei.

Nun muß nicht jedes Gramm „Nazigold“ geplündertes Gold gewesen sein; vieles war auch auf durchaus legalem Weg in damaligen Reichsbesitz gekommen. Die Vermutung aber, daß sich unter diesen Lieferungen auch Gold befunden haben könnte, das in den von deutschen Truppen eroberten Nachbarländern geplündert oder das Holocaustopfern abgenommen worden ist, kann nie ganz von der Hand gewiesen werden, zumal ja Gold, welchen Ursprungs es auch immer gewesen sein mag, regelmäßig umgeschmolzen wurde.

Zu wichtigen Auslagerungsstätten für „Nazigold“ wurde während des Zweiten Weltkriegs nicht nur die Schweiz, sondern auch das dem damaligen Naziregime mit Sympathie gegenüberstehende Portugal. Ein Teil der Goldvorräte aus Deutschland wurden angeblich von Portugal auch angekauft, u.a. über die Schweiz im Jahre 1942. Insgesamt soll Portugal am Ende des Krieges mindestens 500 t „Nazigold“ unter seiner Kontrolle gehabt haben.

Dieser Besitz war für das Land auch deshalb wichtig, weil der Goldhandel damals im Zeichen des Bretton-Woods-Abkommens von 1944 strengen Kontrollen unterlag. Bekanntlich gab es damals einen exakt festgelegten Austauschkurs zwischen den einzelnen Währungen, der wiederum durch den Goldstandard gesichert war.

Portugal gehörte zu jenen Ländern, die sich den Vereinbarungen von Bretton Woods nicht angeschlossen hatten und deshalb in der Lage waren, mit dem Goldhandel beträchtliche Devisenvorräte zu erwirtschaften. Neben dem Glücksspiel gehörte der Goldhandel in den 50er und 60er Jahren vor allem in Macao zu den Haupteinnahmequellen.

Bei einer Pressekonferenz am 10. Januar in Beijing wurde der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Shen Guofang, auf den Goldtransfer nach China im Jahre 1966 angesprochen. Er wies jedoch darauf hin, daß es sich hierbei um ein Gerücht aus Macao handle (BRu, 1998/4, S.10, SCMP, 16.1.98). -we-

Innenpolitik

10 Rufe nach politischen Reformen werden lauter

In den letzten Monaten waren in der Volksrepublik ungewöhnlich viele regierungskritische Äußerungen und Reformappelle aus dem Umfeld der Kommunistischen Partei vernehmbar.

Im Januar gelangte nun ein Reformprogramm mit dem Titel „China braucht wieder einen Wandel - Programmatische Vorschläge der demokratischen Gruppe“ (*zhongguo xu-yao xin de zhuanbian - minzhu pai de ganglingxing yijian*) an die westliche Öffentlichkeit. (ZM, 1998/2, 6f.)

Unterzeichnet und verbreitet wurde das Schreiben von dem 43jährigen Unternehmer und ehemaligen mittlerangigen Regierungskader Fang Jue. Fang arbeitete als Wirtschaftswissenschaftler in unterschiedlichen Forschungsinstituten, bevor er in der Provinzhauptstadt Fuzhou zum Stellvertretenden Direktor der Planungskommission ernannt wurde. Fang, der nicht Mitglied der Kommunistischen Partei ist, verließ die Stadtregierung nach eigenen Angaben 1995, um als selbständiger Unternehmer relative politische Unabhängigkeit genießen zu können.

Obwohl Fang der einzige Unterzeichner ist, betont er, daß das Programm von einer größeren Gruppe reformwilliger Parteimitglieder einschließlich Mitgliedern des ZK-Komitees getragen wird. Nach dem im Hinblick auf politische Reformen enttäuschenden XV. Parteitag im September 1997 hätten sich einige hundert Partei- und Regierungsfunktionäre an informellen

Diskussionen über mögliche Reformschritte beteiligt. Besonders unter den jüngeren Funktionären wachse der Unmut über die überalterte dritte Führungsgeneration, der man die Transformation Chinas in einen modernen Staat nicht zutraue. Aus Angst vor Repressalien sei jedoch keiner der übrigen Befürworter bereit gewesen, sich öffentlich zu dem Reformentwurf zu bekennen.

Die geforderten Reformschritte lassen sich grob in folgenden Stichworten zusammenfassen:

- In Kleinstädten und Kreisen soll die Trennung von Partei und Regierung vollzogen werden und „schrittweise, aber nicht langsam“ auf die höheren Regierungsebenen und schließlich das gesamte System ausgedehnt werden.
- Alle Regierungsämter, einschließlich des Staatspräsidenten, sollen durch freie Wahlen besetzt werden.
- Presse- und Religionsfreiheit sollen gewährt, die Aufsicht über soziale Gruppen und Vereinigungen gelockert werden.
- Die Kommunistische Partei soll die Kontrolle über das Militär aufgeben.
- Die Protestbewegung im Jahr 1989 soll neu bewertet werden.
- In den Verhandlungen mit Taiwan, gegenüber Tibet und Hongkong soll eine flexiblere, außenpolitisch eine USA-freundliche Haltung eingenommen werden.
- Der chinesische Markt soll weiter liberalisiert und die Subventionierung von Staatsunternehmen abgebaut werden. Inländische und ausländische Wettbewerber sollen zu den gleichen Konditionen wirtschaften können.

Während das bereits im November verfaßte Manifest in der Volksrepublik unter reformorientierten Funktionären und Akademikern zirkuliert, veröffentlichten chinesischsprachige Zeitungen in Hongkong und Taiwan den Text in